



PRESSEBERICHT

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM
SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61
FERNSPRECHER 80186

DIESER PRESSEBERICHT ERSCHEINT ZWEIWÖCHENTLICH IN DEUTSCHER, ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER, SCHWEDISCHER UND SPANISCHER SPRACHE SOWIE IN ESPERANTO

Amsterdam, den
Februar 1934.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.) No. 3

EISENBAINER

Weitere nationalsozialistische Berebelung bei der Reichsbahn. (ITF) Nach einer amtlichen Mitteilung in "Die Reichsbahn" (Direktion Frankfurt) wird eine Vortragsreihe eingerichtet, um den Beamten und Angestellten zu ermöglichen, sich die geistigen Schätze der nationalsozialistischen Philosophie anzueignen. Hier einige der Vortragsthemen: "Die Grundlagen der nationalsozialistischen Wirtschaftslehre", "Rassenpflege im deutschen Volke", "Nationalsozialismus und Kultur".

Vetternwirtschaft bei der Reichsbahn offiziell gefördert. (ITF) Die Reichsbahndirektion hat allgemein verfügt, dass die Reichsbahnbeamten und -arbeiter, die vor dem 30. Januar 1933 als Angehörige der SA, SS und des Stahlhelms oder als Amtswalter der Politischen Organisation der NSDAP durch Tat und Wort besonders für die nationale Erhebung eingetreten sind, in ihren Dienststellen besonders befördert werden können.

Die Niederländische Regierung hält den Lohnabbau für unzureichend. (ITF) Die durch frühere Erklärungen gebundene Regierung hat nichts anders tun können, als die 4%ige Lohn- und Gehaltssenkung, die in direkten Verhandlungen zwischen dem Personal und der Direktion auf Grund der diesbezüglichen Forderung der Regierung vereinbart wurde, anzuerkennen.

Diese hat nun ihre Zustimmung dafür, dass die ursprünglich für den 1. Januar vorgesehene Senkung erst am 1. Juli 1934 in Kraft treten solle, versagt und will die Verschlechterung schon mit Wirkung ab 1. Mai d. J. eingeführt haben. Ferner fordert sie eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum 1. Januar 1935, wobei auf Lohn- und Gehaltskonto 5% eingespart werden müssten. Dabei haben die auf dem Lande wohnenden Bediensteten und die Werkstättenarbeiter besondere Verschlechterungen zu befürchten, denn die Regierung behauptet, deren Löhne seien um 100% höher als die in der Privatindustrie gezahlten.

Gehaltssenkung in der Tschechoslowakei. (ITF) Ab 1. Januar 1934 erfuhren die Löhne der Beamten bei den tschechischen Staatsbahnen eine Herabsetzung von 2-4%. Bei den Bediensteten mit einem 6.300 Kr. (schw. Fr. 155) übersteigenden Gehalt wurden die Ortszuschläge um 30 bis 40% jährlich reduziert. Der Organisation ist es gelungen, durchzusetzen, dass die geplanten Einsparungen im Gesamtbetrage von 450 Millionen Kronen auf 350 Millionen gebracht wurden. Die Löhne der Arbeiter werden nicht geschmälert.

Rückgang des Arbeitseinkommens der amerikanischen Eisenbahner. (ITF) Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten, vorgenommen bei 868 Eisenbahnerfamilien, zeigt folgendes Bild :

Von einer Einkommensbeschneidung	nicht betroffen	16 Familien
Kürzung bis zu 10%		31 "
" von 10%		174 "

Kürzung von	11	-	19%	65	Familien
"	"	20	-	151	"
"	"	30	-	109	"
"	"	40	-	132	"
"	"	50	-	82	"
"	"	60	-	59	"
"	"	70	-	23	"
"	"	80	-	15	"
"	"	90	-	11	"

SONSTIGE TRANSPORTARBEITER

Die Strassenbahner vom Haag (Holland) erleiden eine weitere Lohn-
einbusse. (ITF) Nach Verhandlungen mit der Personalorganisation
hat der Verwaltungsrat der Haager Strassenbahn beschlossen, dass
ab 1. Februar eine Gehalts- und Lohnkürzung von 6% durchgeführt
werde; man würde dann im Laufe des Jahres 1934 keine weitere Ein-
kommensverschlechterung mehr vorschlagen. Die Direktion zog ihren
Antrag auf Abschaffung der periodischen Aufbesserungen wieder zu-
rück. Der garantierte Mindestlohn des Aushilfspersonals soll keine
Kürzung erfahren. Man sieht hieraus, dass die Organisation gewisse
Zugeständnisse abzuringen vermochte. Die Direktion war ursprüng-
lich an sie mit der Forderung auf eine mindestens 12%ige Kürzung
herangetreten. Es war aber der Organisation nicht, wie sie ge-
hofft hatte, möglich, sich für 1933 die selben Garantien zu sichern
wie für 1934.

Kampf für die wöchentliche Ruhezeit in Frankreich. (ITF) Das Ge-
werkschaftskartell des französischen Departements Isère hat an
den Direktor der Strassenbahnverwaltung des Departements Isère
einen Brief gerichtet, worin im Namen der Kleinbahner energisch
gegen die Personalabbaupolitik der Kleinbahnunternehmen des De-
partements protestiert wird. Infolge der starken Personalein-
schränkung sind viele Bedienstete nicht mehr in der Lage, den ge-
setzlich zustehenden wöchentlichen Ruhetag zu nehmen, weil niemand
da ist, um sie zu ersetzen. Manchen Bediensteten steht noch eine
grosse Anzahl nicht genossener Freitage zu. In dem Protestbriefe
ist darauf hingewiesen, welche Gefahr für die Sicherheit der Fahr-
gäste in einem zu stark beanspruchten Personal besteht. Es wird
der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass nunmehr die nötigen Massnah-
men ergriffen werden, um die wöchentliche Ruhepause zu sichern,
andernfalls seien die Gewerkschaften genötigt, sich an die Behör-
den zu wenden.

Protest der Pariser Kraftdroschkenführer. (ITF) Am Abend des 29.
Januar hielten die Pariser Kraftdroschkenführer eine öffentliche
Protestversammlung gegen die neue Benzinsteuer ab. Ausser den
4 000 Versammlungsbesuchern waren vor dem Saaleingang 1200 Kraft-
droschken aufgestellt. In einem bestimmten Augenblick gab es
einen Höllenlärm, denn auf ein verabredetes Zeichen hin betätig-
ten etwa 500 Chauffeure die Claxons an den aussenstehenden Wagen.
Die Ruhestörer wurden darauf von der Polizei auseinandergetrieben.
Sie begaben sich dann zum Place de l'Opéra, wo sie den gleichen
Lärm verführten und den ganzen Verkehr ins Stocken brachten, bis
auch dem die Polizei ein Ende machte.

Führerscheinentzug beim ersten Vergehen? (ITF) Das englische Innen-
ministerium richtete an die Provinz-Bürgermeister und die Vorsitzen-
den der "Quarter Sessions" (vierteljährlich tagende Gerichte)
die Anfrage, ob sie es für ratsam halten, den Führern von Kraft-
fahrzeugen schon beim erstmaligen fahrlässigen Fahren oder Über-
schreiten einer Geschwindigkeitsgrenze den Führerschein zu ent-
ziehen. Es handle sich hier um eine Angelegenheit, an der die
Öffentlichkeit grosse^s Interesse habe. Offenbar hat die beständige
Zunahme der Strassenverkehrsunfälle das Innenministerium veran-
lasst, die Meinung zuständiger amtlicher Personen hierzu einzu-
holen. Bisher erfolgte Führerscheinentzug erst im Rückfalle.

	Nach den Feststellungen des Innenministerium gab es bei	
Verkehrsunfällen		
Tote	6 425	5 962
Verletzte	198 610	188 680

Eine Untersuchung über die Ursachen der Unfälle in den ersten 6 Monaten von 1933 ergab, dass in den untersuchten 2 963 Fällen 265 teils durch zu schnelles Fahren und 139 durch Unachtsamkeit des Führers verursacht wurden. Eine weitere Untersuchung des Verkehrsministeriums über die Unfälle im zweiten Halbjahr ist im Gange.

Vorstand- und

Ein Erfolg der Klein- und Nebenbahnen von Budapest und Umgebung (ITF) Im Dezember v. J. fand die Wahl von Personalvertretern in den Disziplinarausschuss der Pensionskasse der Vizinalbahnangehörigen von Budapest und Umgebung in Budapest statt. Die Direktion des Unternehmens, die erst 1933 in die Hände der Gemeinde Budapest übergang und gewohnt war, Kandidaten aufzudrängen, versuchte auch diesmal, die Wahlfreiheit einzuengen. Um zu verhindern, dass die freien Gewerkschaften Vertreter in den Pensionskassen Vorstand entsenden, wurde kurzerhand vorgeschrieben, dass nur solche Stimmzettel gültig sind, die vom Wähler unterschrieben wurden. Unter diesen Umständen wurden die Kandidaten der Direktion, 2 Oberinspektoren, ohne jede Opposition gewählt. Die Wahlen in den Disziplinarausschuss, die geheim sein mussten, zeigten ein anderes Bild. Die Wähler sind in 4 Gruppen, je nach der Art des Dienstes, eingeteilt. Nur bei der ersten Gruppe erzielte die amtliche Liste der Direktion eine, allerdings geringe Mehrheit. Nachstehend die Resultate:

Gruppe I: Streckeninstandhaltung und Stromleitung: amtliche Liste 44%, Liste der Personalorganisation 40% aller abgegebenen Stimmen; 6% waren ungültig;

Gruppe II: Stromerzeugung und Werkstätten: Liste der Personalorganisation 87% der Stimmen, 13% waren ungültig;

Gruppe III: Tagelöhner und sonstige Arbeiter: Liste der Personalorganisation 93%, 7% waren ungültig;

Gruppe IV: Betriebs- und kommerzieller Dienst: Liste der Personalorganisation 85%, 15% waren ungültig.

SEELEUTE UND BINNENSCHIFFER

Die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Seeleuten. (ITF) In dem deutschen Reeder-Organ "Hansa" vom 20. Januar d. J. werden folgende aufschlussreiche Mitteilungen über den "wahren" Charakter des Internationalen Arbeitsamtes gemacht, denen wir wohl nichts mehr hinzufügen brauchen:

"Eine Übersicht über die erwerbslosen Seeleute hat das Arbeitsamt in Genf zusammengestellt. Da Deutschland dieser teils marxistisch eingestellten, teils völlig von den Interessen der Ententestaaten beeinflussten Institution dank der Weitsicht und Energie unseres Volkskanzlers nicht mehr angehört, so sind die Zahlen für Deutschland nur geschätzt. Sie geben aber immerhin zu denken, denn 20 000 erwerbslose Seeleute für Deutschland sind eine für Deutschland recht hohe Zahl. An dem vom Arbeitsamt festgesetzten Stichtag hatten die einzelnen Nationen folgende Zahlen von erwerbslosen Seeleuten aufzuweisen: Grossbritannien 48 244, Italien 38 000, Frankreich 15 000, Norwegen 7131, Schweden 5974, Griechenland 4000, Belgien 2600, Argentinien 2433, Australien 3300."

Verlängerung der Tarifverträge in der norwegischen Seeschifffahrt bei Verbesserungen. (ITF) Die für die norwegische Seeschifffahrt (grosse Fahrt) geltenden Tarifverträge laufen am 31. Januar ab. Die Verhandlungen wegen eines neuen Vertrages waren recht schwierig, sodass schliesslich das Schlichtungsverfahren eingeleitet werden musste. Es hatte einmal sogar den Anschein, als käme es zu einem offenen Konflikte. Die Verhandlungen sind nun zum Abschluss gelangt und das Ergebnis war, dass sämtliche Verträge bis 31. Januar 1935 verlängert wurden. In bezug auf den jährlichen Urlaub konnten sogar einige Verbesserungen erzielt werden und ausserdem erhält das Personal der Amerikalinie freie Dienstkleidung.

Ein Streik französischer Seeleute gegen versuchte Heuerherabsetzung. (ITF) In dem Moment, wo der Dampfer "Cap St. Jacques" aus dem Hafen von Bordeaux ausfahren wollte, wurde die Besatzung davon verständigt, dass die Heuern für die Seeleute um 10%, und für die Offiziere um 20% herabgesetzt würden. Auch die Beköstigung werde insofern geschmälert, als bei jeder Mahlzeit ein Gericht in Wegfall käme. Daraufhin hat die Besatzung ebenso eindeutig, wie einmütig geantwortet, indem sie an Land ging, sodass das Schiff nicht abfahren konnte. Die andern Seeleute von Bordeaux haben sich solidarisch erklärt. Man macht sich auf weitere Zwischenfälle bei der Abfahrt anderer Paketboote gefasst.

Heuerherabsetzung für die französischen Seeleute verhindert. (ITF) Die französische Reederfirma "Compagnie française des Chargeurs Réunis" hatte die Absicht, mit Wirkung ab 10. November ihrem gesamten Personal eine Lohnherabsetzung von 10% aufzuerlegen; Da sich die Arbeitnehmer dagegen wehrten, wurde dieses Datum auf 15. Dezember verlegt. Nach den von den gewerkschaftlichen Organisationen unternommenen Schritten jedoch, und nachdem die Regierung beschlossen hat den Reedern zu helfen, ist nunmehr die Gesellschaft von ihrem Vorhaben abgekommen.

Neuregelung der Löhne in der regelmässigen Binnenschifffahrt in Holland. (ITF) In der regelmässigen Binnenschifffahrt in Holland ist nach Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Vertretern des Personals eine Neuregelung der Löhne getroffen worden. Die Löhne wurden um 5% herabgesetzt, während die Unternehmer ursprünglich teilweise eine grössere Herabsetzung verlangten. Die neuen Wochenlöhne, die bis auf einige Ausnahmen im Januar in Kraft getreten sind, betragen:

Kapitän	hfl. 26,50	Steuermann	hfl. 23,90
Maschinist	" 25,65	Mätrose	" 23.--

Schiffer auf Fahrzeugen ohne mechanische Triebkraft hfl. 24,75.
Auch die Löhne anderer Kategorien sind um 5% herabgesetzt worden.

Unruhe unter den französischen Binnenschiffern. (ITF) Die Binnenschiffer von Lonqueil-Annel haben am 12. Januar das Rathaus dieser Ortschaft besetzt, weil sich die Gemeindeverwaltung geweigert hat, zur Arbeitslosenkasse der Schiffe beizutragen. Die Besetzung ging völlig friedlich vor sich und die Binnenschiffer erklärten, ihre Absicht sei nicht, Gewalt zu üben, sondern die Öffentlichkeit auf ihre Not aufmerksam zu machen. Nachdem man den Schiffen versichert hat, dass die massgebenden Behörden ihre Forderungen erwägen werden, haben sie das Rathaus am 15. Januar wieder verlassen. Die aufgebotene Gendarmerie hatte keinen Anlass zum Einschreiten.

BEILAGEN:

Dieser Nummer liegen bei:

- 1.) eine Sonderbeilage für die Seeleute.
- 2.) " " " " Strassenbahner.
- 3.) Ein Bericht über die argentinische Strassenbahnergewerkschaft.
- 4.) Redaktioneller Informationsdienst, Wirtschaftspolitisch, Nr. 4.